Humanitäre Hilfe unter Feuer

90 Prozent von Gaza israelische Kampfzone

Am Sonntag haben israelische Streitkräfte im Gazastreifen mindestens 115 Palästinenser getötet. 92 dieser Menschen wurden getötet, als sie versuchten, Lebensmittel zu finden. Die Morde an den hilfesuchenden Menschen ereigneten sich am Übergang Zikim in den Norden des Gazastreifens. Auch an angeblichen Hilfsstationen in Rafah und Khan Younis, im Süden von Gaza wurden Hilfesuchende erschossen. Von Seiten der palästinensischen Gesundheitsbehörde hieß es zudem, mindestens 19 Personen seien allein an diesem Sonntag verhungert.

Nicht näher bezeichnete Quellen von Medizinern und palästinensischen Zivilschutzkräften berichteten Reportern des katarischen Nachrichtensenders Al Jazeera, daß die israelische Armee am Übergang Zikim mindestens 79 Personen getötet habe. Dort hätten sich viele Menschen versammelt, weil sie hofften, Mehl zu erhalten, das ein Konvoi der UNO bringen sollte. Neun Menschen starben in Rafah, nachdem erst am Tag zuvor an der gleichen Hilfsstation 36 Menschen getötet worden waren. In Khan Younis wurden vier Tote gezählt, als sie versuchten, Hilfsgüter zu bekommen.

Kein Rettungswagen, kein Essen, kein Leben

Der katarische Nachrichtensender gehört zu den wenigen Medien, die noch aus dem Gazastreifen berichten und den Menschen, die versuchen zu helfen eine Stimme zu geben. Rizeq Betaar ist ein Mann, der nach den tödlichen Schüssen bei Zikim versuchte, einen jungen Mann zu einer Klinik zu bringen. Er und andere hätten versucht, den Mann auf einem Fahrrad zu transportieren, doch sie hätten keine Hilfe für ihn finden können.

»Es gibt keine Rettungswagen, kein Essen, kein Leben, keine Möglichkeit, überhaupt noch zu leben«, wurde der Mann zitiert. Ein anderer Augenzeuge namens Osama Marouf versuchte ebenfalls einen alten, verletzten Mann auf einem Fahrrad zu transportieren, nachdem dieser angeschossen worden war. Der alte Mann sei, ebenso wie er, gekommen, um Mehl zu finden, sagte Marouf: »Ich will kein Mehl mehr, dieser alte Mann ist wie mein Vater, möge Gott mir Kraft geben, um ihm zu helfen.«

Die israelische Armee räumte den Angriff ein und behauptete, die Soldaten hätten nur »Warnschüsse« abgegeben, um »eine direkte Gefahr für die israelischen Soldaten zu abzuwehren«. Das Welternährungsprogramm der UNO (WFP), das mit 25 Lastwagen die Hilfsstation Zikim erreicht hatte, erklärte, die Menschen hätten keinerlei Gefahr für irgendjemanden dargestellt. Alle, die erschossen wurden, seien »einfach Menschen gewesen, die versucht haben Nahrungsmittel für sich und ihre Familien zu bekommen«, hieß es in einer WFP-Erklärung. Alle diese Menschen seien »kurz davor zu verhungern«.

Die israelische Armee hatte ursprünglich zugesagt, daß die Verteilung von Hilfsgütern durch das WFP »genehmigt« worden sei. Wie vereinbart würden weder entlang der Route noch an dem Ort, wo die Lebensmittel verteilt werden sollten, israelische Soldaten anwesend sein.

Israel befiehlt Massenevakuierung

Am Montag erklärte das israelische Militär sowohl den Norden als auch das Zentrum des Gazastreifens zur Kampfzone. Alle Menschen wurden aufgefordert, das Gebiet zu verlassen, weil die Armee dort »extreme Gewalt« einsetzen werde. Ein Al-Jazeera-Reporter berichtete aus Deir al Balah, das südlich von Gaza-Stadt liegt, über das Geschehen, während Schüsse der israelischen Armee zu hören waren. Die israelische Luftwaffe hatte Flugblätter abgeworfen und die Leute aufgefordert, Deir al-Balah zu verlassen und sich in Richtung von Al Mawasi zu begeben, einen Ort im Südwesten des Gazastreifens an der Küste. Auf Fotos von Agenturen sind Menschen zu sehen, die ihr Hab und Gut geschultert oder auf die wenigen verbliebenen Fahrzeuge gepackt haben und versuchten sich in Sicherheit zu bringen. Al Mawasi sei bereits im Visier der israelischen Armee und wiederholt angegriffen worden, berichtete der Reporter.

Menschen fliehen mit wenigen Habseligkeiten aus Deir al-Balah vor israelischen Bombardements
(Photo by Eyad BABA / AFP)

Die UNO-Organisation für humanitäre Hilfe, OCHA, erklärte am Montag, ihr Büro in Deir al-Balah weiterhin offen zu halten. Man werde den israelischen Forderungen, den Ort zu verlassen, nicht Folge leisten. Die neue Evakuierungsanordnung treffe bis zu 80.000 Menschen, die schon wiederholt vertrieben worden seien und für es keinen sicheren Ort gäbe. In dem betroffenen Gebiet gebe es »eine Reihe von Lagern mit humanitärer Hilfe, vier erste Hilfe Kliniken, vier medizinische Anlaufstellen und eine lebensnotwendige Wasserversorgung«, hieß es in der OCHA-Erklärung. »Was immer bei den israelischen Angriffen getroffen werde, werde lebensbedrohliche Folgen für die Bevölkerung haben.«

OCHA hat das Büro für die Koordinierung der Hilfe Mitte 2024 nach Deir al-Balah verlegt, nachdem die israelische Armee ihren Angriff auf Rafah begann. Am Montagmittag bestätigte OCHA-Chef Tom Fletcher, die OCHA-Mission werde in Deir al-Balah bleiben, um den Menschen zu helfen. Während die israelischen Luftangriffe zunehmen, habe er mit dem OCHA-Leiter vor Ort Whittall gesprochen, der ihm bestätigte, daß man bleiben werde. »Sie zeigen außerordentlichen Mut und Einsatz an der humanitären Front. Sie sind die Besten der UNO, von uns allen.«

Nach der neuen Massenevakuierungsanordnung vom Montag bleiben nach UNO-Angaben nur noch 10 Prozent des Gazastreifens, die von der israelischen Armee nicht zur »Kampfzone« deklariert wurden und in denen Zivilbevölkerung sich aufhalten darf.

Karin Leukefeld

Waffenruhe in Sweida – Zukunft ungewiß

Am vergangenen Wochenende wurde von der USA-Administration zum dritten Mal eine Waffenruhe in der südsyrischen Provinz Sweida verkündet. Der Botschafter der USA in der Türkei, Tom Barrack, der auch USA-Sonderbeauftragter für Syrien und Libanon ist, teilte mit, der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und der syrische »Interimspräsident« Ahmed al Sharaa hätten sich geeinigt, die Waffen schweigen zu lassen. Die Waffenruhe werde von den USA, der Türkei und Jordanien unterstützt. Auch Paris und London unterstützten das USA-Engagement, so Barrack.

Per X rief Barrack alle bewaffneten Gruppen auf, »Drusen, Beduinen und Sunniten«, ihre Waffen niederzulegen und »gemeinsam mit den anderen Minderheiten eine neue, geeinte syrische Identität in Frieden und Wohlstand aufzubauen.« Mit »Sunniten« sind vermutlich arabische Stämme aus Deraa und anderen Landesteilen gemeint, die am Freitag in die Kämpfe in Sweida eingegriffen hatten.

Al Sharaa und Netanjahu haben sich Berichten zufolge darauf geeinigt, daß der Militärrat von Sweida als bewaffnete Gruppe in die Damaskus-Truppen unter die Kontrolle der neuen Machthaber integriert werden soll. Anschließend soll der Militärrat ausschließlich in Sweida als offizielle Ordnungsmacht im Auftrag der Damaskus-Truppen eingesetzt werden. Dabei werden sowohl die Fahne der Drusen als auch die neue syrische Fahne eingesetzt – so können sowohl die Drusen als auch die Machthaber in Damaskus ihr Gesicht wahren.

Busra al-Harir, 21. Juli 2025. Bewaffnete der syrischen »Regierung« sperren eine Straße
(Photo by Bakr ALkasem / AFP)

Der Aufruf an die bewaffneten Gruppen, »gemeinsam mit den anderen Minderheiten eine neue, geeinte syrische Identität« aufzubauen“, läuft darauf hinaus, daß Syrien in »Minderheiten« aufgeteilt und als souveräner zentral gelenkter Staat geschwächt und zerstört werden könnte. Die Syrer werden nicht gefragt. Mehr als 1.000 Menschen sollen in den einwöchigen Kämpfen getötet worden sein.

Syrien als Bollwerk gegen Iran

Syriens »Interimspräsident«, der frühere Al-Qaida-Terrorist Ahmed al Sharaa, steht angesichts der Angriffe auf die Drusen durch extremistisch-dschihadistische Kämpfer seiner »offiziellen« Sicherheitskräfte schwach da. Für ihn ist es wichtig, den Westen, insbesondere die USA nicht zu verprellen. Die USA und Saudi-Arabien wollen Al Sharaa als den »neuen starken Mann« in Syrien aufbauen. Die Entscheidung Washingtons, die Sanktionen gegen ihn, seine dschihadistischen Truppen und Syrien aufzuheben, waren ein klarer Affront gegen Israel, zumal Netanjahu explizit von Washington gefordert hatte, die Sanktionen gegen Syrien nicht aufzuheben.

Doch Trump, der möglicherweise auf diese Weise Netanjahu in die Schranken weisen wollte, entschied anders. Bei seiner Tour durch die arabischen Golfstaaten Mitte Mai traf er mit Al-Sharaa in der saudischen Hauptstadt Riad zusammen und erklärte, die Sanktionen gegen diesen persönlich und Syrien aufzuheben. Al Sharaa habe »eine Chance verdient«, so Trump. Israels Einflußnahme in Syrien sollte damit zugunsten der arabischen Golfstaaten zurückgedrängt werden. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar, hatten lange bei den USA und bei der EU für die Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien geworben. Al Sharaa soll der starke Mann in Syrien werden, der – von USA, EU, den arabischen Golfstaaten finanziell, wirtschaftlich und militärisch gestützt werden soll, um vor allem den Iran von der Region – und von Israel – fernzuhalten.

Für Israel ist Al-Sharaa nicht akzeptabel, weil Israel für Syrien einen anderen Plan hat. Einerseits hat Netanjahu erklärt, den Süden Syriens als »entmilitarisierte Pufferzone« selber kontrollieren zu wollen. Andererseits wirft er Al Sharaa dessen dschihadistisch-extremistische Al Qaida Vergangenheit vor. Dieses Argument allerdings ist wenig glaubwürdig, weil Israel während des Syrienkrieges (seit 2011) selber mit Al Qadia und anderen extremistischen Gruppen kooperiert hat, nicht zuletzt über die von Israel besetzten syrischen Golan-Höhen und die von der UNO-Mission UNDOF kontrollierte Pufferzone auf dem Golan.

In jedem Fall will Israel verhindern, daß die Türkei, die von Norden her vorandrängt, mehr Einfluß in Syrien gewinnt. Da gleiche gilt für die arabischen Golfstaaten, die ebenfalls ihren Einfluß in Syrien ausweiten wollen.

»Groß-Israel« ist das Ziel

Analysten vermuten im Hintergrund zudem das israelische Projekt von »Groß-Israel«, das israelische Einflußnahme und Kontrolle vom Nil bis zum Euphrat sichern soll. Die Idee geht zurück auf Theodor Herzl, der für den »Judenstaat« und »Groß-Israel« Stellen aus der Thora aus vorchristlicher Zeit bemühte. Wichtiges Projekt ist dabei »Davids Korridor«, eine geopolitische Achse, die von den besetzten syrischen Golan-Höhen bis zum Fluß Euphrat und Kurdistan im Nordirak reichen soll. Um das durchzusetzen, schmiedet Israel seit Jahren Minderheitenbündnisse, die gegen einen starken Zentralstaat sind.

Der israelische Einfluß auf die nordirakischen Kurden reicht zurück in die 1960er Jahre und seit Beginn des Syrienkrieges (2011) hat Israel seinen Einfluß auf die kurdisch geführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) ausgebaut. »Davids Korridor« soll eine Landverbindung sein, die von den besetzten syrischen Golanhöhen durch die syrischen Provinzen Deraa, Sweida, Al-Tanf, Deir Ezzor ins irakisch-syrische Grenzgebiet bei Albu Kamal an den Euphrat führt und Israel »ins Herz von Westasien« bringt.

Die syrischen Drusen, genauer gesagt der Militärrat von Sweida, unterhält freundschaftliche Beziehungen zu den SDF-Einheiten, beide Gruppen werden von Israel umgarnt, beide Gruppen verlangen von Damaskus weitreichende Autonomie: Kontrolle über die von ihnen kontrollierten Gebiete und deren Rohstoffe sowie Bewaffnung.

Der Aufruf des US-amerikanischen Vermittlers Tom Barrack an alle bewaffneten Gruppen in Syrien, »gemeinsam mit den anderen Minderheiten eine neue, geeinte syrische Identität aufzubauen«, könnte dem Gedanken eines »Föderalstaates« den Weg bahnen. Kurden und Drusen wären damit wohl einverstanden, nicht aber mit der Aufforderung, die Waffen niederzulegen. Diese Forderung dient vermutlich eher dazu, Al Sharaa und seine Gefolgschaft zu beruhigen, die weiterhin die Kontrolle über das ganze Syrien wollen und alle Waffen im Land dem von Al Sharaa Leuten kontrollierten »Verteidigungsministerium« unterstellen wollen. Der Konflikt zwischen Al Sharaa und Israel ist nicht vorbei.

Karin Leukefeld